

Das Interessengeflecht des Agrobusiness

Eckehart Niemann

1 Einleitung

Im Mittelpunkt einer Betrachtung über die landwirtschaftliche Interessenvertretung in Deutschland muss selbstverständlich der Deutsche Bauernverband (DBV) stehen. Nach dem Ende des NS-Reichsnährstandes bewusst als „berufsständischer Einheitsverband“ aufgebaut, zählt der DBV auch heute noch über 80 Prozent aller Bauern zu seinen Mitgliedern. Seinen beinahe schon legendären Ruf als Beispiel für eine „besonders starke Lobby-Organisation“ mag der DBV seinem oftmals massiven Auftreten und der unveränderten Höhe der EU-Agrarmittel verdanken – zur Lage der allermeisten Bauernhöfe passt dieser Ruf allerdings kaum: Jeden Tag müssen allein in Deutschland 60 Höfe aufgeben. Unter dem Druck von steigenden Kosten und sinkenden Erzeugerpreisen verschärft sich der Druck auf Einkommen und Eigenkapital dramatisch, erhöht sich auch der Zwang zum „Wachsen oder Weichen“. In Zeiten der Agrarindustrialisierung und der neoliberalen Globalisierung orientiert sich der Bauernverband immer deutlicher an den Interessen einer Minderheit von Großbetrieben und geht immer engere Bindungen mit Ernährungsindustrie und Agrobusiness ein, oft zu Lasten seiner Mitglieder. Trotzdem bleiben dem Bauernverband bisher die allermeisten Bauern als (zumeist unzufriedene) Mitglieder erhalten. Bringt die „Agrarwende“ neue Perspektiven für bäuerliche Interessen und Interessenvertretung?

2 Bauern und ihre Interessen

Eine wirkliche landwirtschaftliche Interessenvertretung muss außerordentlich breit angelegt sein. Denn zu den Interessen von Bauern und bäuerlichen Familien gehören:

- Ein ausreichendes Einkommen, das nach bäuerlichem Selbstverständnis vor allem am Markt realisiert wird (allein schon wegen der Unsicherheit staatlicher Transferzahlungen).
- Die Erzielung befriedigender Preise für Produkte und Dienstleistungen,
- allenfalls als Ersatz dafür die Sicherung und Gestaltung staatlicher Transferzahlungen und Rahmenbedingungen des Wirtschaftens.
- Die nachhaltige Sicherung des bäuerlichen Eigentums als wesentlicher Existenzgrundlage.

- Die Begrenzung von unentgelteten oder auch entgelteten Einschränkungen, die z.B. aus der Sozialpflichtigkeit des Eigentums abgeleitet werden, z.B. im Naturschutz oder im Bauplanungsrecht.
- Eine befriedigende Ausgestaltung von Boden-, Erb- oder Familienrecht sowie von Bauplanungs-, Sozial- oder Steuerrecht und von kostenträchtigen bzw. gewinnmindernden Auflagen.
- Urlaub und Freizeit, zeitweilige Abkömmlichkeit vom Hof, Vertretung auch bei Krankheit, soziale Absicherung.
- Erhalt der Unabhängigkeit gegenüber bürokratischen Vorgaben, die den Charakter der bäuerlichen Selbständigkeit gefährden oder unterminieren.
- Eine unabhängige und neutrale Information - nicht über Preis- und Marktbedingungen, sondern auch über wirtschaftliche, technische und gesellschaftlich-politische Entwicklungen und Chancen.

Aber nicht nur diese klassisch-politischen Bereiche müssen zu den Feldern einer landwirtschaftlichen Interessenvertretung gehören. Denn der bäuerliche Hof ist – im Gegensatz zur Agrarfabrik – nicht bloße Kapitalanlage zur maximalen Verzinsung, auch nicht nur Vermögen und Quelle von Einkommen, sondern auch konkreter Arbeitsplatz der jetzigen Familie (und möglicherweise der Kinder). Deshalb gehört Freude an dieser Arbeit und deren Erhalt zu den elementaren Interessen: mit weitgehend selbstgestalteten Arbeitsabläufen, Vielseitigkeit, Arbeit im Freien, in/mit der Natur, mit Tieren, mit Technik, mit Gestaltungsräumen für eigene Ideen, mit enger Verbindung von Arbeit und Leben, mit gesunden Arbeitsbedingungen (auch in Bezug auf Agrarchemie).

Eine zunehmende Bedeutung im Selbstbewusstsein von Bauernfamilien gewinnen die Rolle und das Ansehen in den Dörfern und die Akzeptanz in der Gesellschaft. Diese ist angesichts umstrittener Produktionstechniken und einer dramatisch schrumpfenden Zahl von Höfen nicht mehr wie früher selbstverständlich, sondern um sie muss man intensiv werben und kämpfen: und das nicht nur zwecks besserer Absatzbedingungen der Agrarprodukte, sondern auch wegen stark anwachsender Befremdungen und Vorwürfe im eigenen dörflichen Umfeld. Und dieses Umfeld hat für Bauern eine ganz besondere Bedeutung, weil ihre Familien diese Heimat durch ihre Höfe wesentlich gestaltet haben und weil sie wegen der Ortsgebundenheit ihres Wirtschaftens und Lebens am allermeisten und am nachhaltigsten von Veränderungen betroffen sind.

Mit zunehmenden Verflechtungen und Abhängigkeiten der Landwirtschaft in Bezug auf die „vorgelagerten“ Branchen (Betriebsmittel-Lieferanten des „Agrobusiness“) und den der Landwirtschaft „nachgelagerten“ Sektor (Agrarprodukt-Handel, Ernährungsgewerbe und -industrie sowie Lebensmittelhandel) gewinnt die Frage einer Positionierung der landwirtschaftlichen Interessenvertretung hierzu eine wachsende Bedeutung, ebenso zu globalen Fragen der Weltwirtschaft oder der öko-sozialen Nachhaltigkeit.

Allerdings ist die große Zahl unterschiedlicher landwirtschaftlicher Betriebe (die sich ökonomisch nur als Mengenanpasser statt als Preisgestalter verhalten können), nur schwer zu koordinierten ökonomischen Durchsetzungs- oder gar Streikmaßnahmen zu bewegen. Daher rührt – im Vergleich etwa zu Gewerkschaften – eine starke Orientierung von Bauern auf die staatliche Politik und zu entsprechend öffentlichkeitswirksamen Demonstrations-Maßnahmen, ebenso die stete Suche nach Bündnispartnern.

3 Ab 1960: neue technologische Grundlage der Landwirtschaft

Die Nachkriegsjahre waren von der „Ernährungssicherung“ und der anschließenden „Fresswelle“ gekennzeichnet, mit relativ günstigen Absatzverhältnissen für die deutsche Landwirtschaft, deren politischer Einfluss auch wegen der damals relativ hohen Zahl landwirtschaftlicher Wähler noch relativ stark war. So setzte der damalige Bauernverbandspräsident Rehwinkel z.B. im Landwirtschaftsgesetz die Zusage durch, dass den in der Landwirtschaft tätigen Menschen eine soziale Lage gemäß der vergleichbarer Berufsgruppen zustehe. Allerdings entwickelten sich die Struktur- und Machtverhältnisse unaufhaltsam zu Ungunsten der Landwirtschaft.

In der Landwirtschaft begann sich ab 1960 eine neue technologische Grundstruktur durchzusetzen, mit gravierenden Folgen auch die landwirtschaftliche Interessenvertretung:

1. Intensivierung: Der intensive Einsatz von industriell-synthetisch erzeugten Zukauf-Düngemitteln (und bald auch von synthetischen Unkraut- und Schädlings-Bekämpfungsmitteln) erlaubte - in Verbindung mit angepassten neuen Sorten – eine schnelle Steigerung der Hektar-Erträge. Züchtung und Zukauffutter führten zu ähnlichen Leistungssteigerungen in der tierischen Erzeugung.

2. Rationalisierung und Spezialisierung: Die abgewanderten Arbeitskräfte wurden ersetzt durch kostensenkende Maschinen wie Pflanzenschutzspritze, Mähdrescher oder Vollernter. Diese kapitalintensive Mechanisierung erzwang eine Spezialisierung auf wenige Kulturen (und damit engere Fruchtfolgen auf den Äckern) und eine Vergrößerung der Flächen (in Intensivregionen oft mit Ausräumung der Landschaft).

3. Agrarindustrialisierung: Auch in der „Tierproduktion“ setzte sich die Mechanisierung ganzer Produktionszweige und eine entsprechende Spezialisierung durch: weg von der tiergerechten aber arbeitsintensiven Haltung der Tiere auf Stroh (Mist), hin zur Haltung der Legehennen in Käfigen und der Schweine und Bullen auf Spaltenböden. Beim Milchvieh ersetzte der Boxenlaufstall für größere Herden die Anbindehaltung in Kleinbeständen, allerdings oft mit reiner Stallfütterung ohne Weidengang.

Seit den sechziger Jahren stiegen landwirtschafts-externe Agrarindustrielle direkt in die Geflügel- und auch in die Schweinehaltung ein. Neue Ställe ballten sich in Südbaden, weil die „*flächenunabhängige Veredlung*“ die hofeigene Futtergrundlage ersetzte - durch importierte Getreide-Ersatzstoffe, die regional zu massiven Gülle-Überschüssen und Umweltbelastungen führten.

Die meisten landwirtschaftlichen Betriebe beteiligten sich – gewollt oder gezwungenermaßen – an dieser agrarindustriell geprägten Entwicklung. Sie wurden immer abhängiger von der Macht, der Technik, der Beratung und oftmals auch der Ideologie der Düngemittel-, Zucht- und Pestizidkonzerne. Hinzu kam bald auch noch die zunehmende Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Erzeuger von den Abnehmern und Weiterverarbeitern ihrer Produkte und von der Konzentration der Handelsketten. Deren Marktstellung stieg mit dem Erreichen der Sättigungsgrenze bei den Verbrauchern und dem allmählichen Einstieg in die Produktion von Agrarüberschüssen. Mit massiver staatlicher Förderung wurden vor allem die genossenschaftlichen Unternehmen im Landhandel, in der Schlacht-, Molkerei und Futtermittelwirtschaft zu Großunternehmen ausgebaut. Durch das „*Marktstrukturgesetz*“ wurde eine immer engere Bindung (und damit auch Abhängigkeit) der landwirtschaftlichen Betriebe an diese Großgenossenschaften bewirkt, die immer weniger basisdemokratisch zu kontrollieren waren und bald ein unternehmerisches Eigeninteresse entfalteten.

4 „EU-Grundgeschäft“: Heereman geht „mit dem Strom“

Mit dem Eintritt in den europäischen Markt und mit der stufenweisen Verlagerung vieler agrarpolitischer Kompetenzen nach Brüssel kam es zu einer Neuausrichtung auch der Agrarpolitik. Adenauer und de Gaulle vereinbarten das „*Grundgeschäft*“, wonach Deutschland in der EU vorrangig das „*Industriegeschäft*“ machen würde und Frankreich dafür mit Vorteilen im „*Agrargeschäft*“ zu entschädigen sei. Unter anderem zu diesem Zweck wurden die *EU-Marktordnungen* geschaffen, in deren Kassen Deutschland als „*Nettozahler*“ überproportional einzahlte, damit vor allem die Agrarüberschüsse Frankreichs (und auch die der klassischen Agrarexporteure Hollands oder später Dänemarks) aufgekauft und verwertet werden konnten.

Gleichzeitig signalisierten Ende der 60er Jahre der „*Mansholt-Plan*“ (des ersten EU-Agrarkommissars) bzw. die nationalen „*Höcherl*“- und „*Ertl-Pläne*“ eine Wende der Agrarpolitik: Einerseits die Produktion von Agrarüberschüssen (und deren „*Entsorgung*“ und Finanzierung aus dem „*EU-Topf*“) sowie die Ausrichtung auf den EU- und Weltmarkt, andererseits eine *gezielte nationale Strukturpolitik* zur Minimierung der öffentlichen Subventionen und zur Rationalisierung der deutschen Landwirtschaft für den Konkurrenzkampf in der EU. Die Abkehr von der sogenannten „*Gießkannen-Förderung*“ für alle Betriebe begann, das gezielte Sortieren von sogenannten „*entwicklungsfähigen*“ und „*nicht entwicklungsfähigen Betrieben*“ bei der „*Einzelbetrieblichen Investitionsförderung*“ wurde zum Prinzip.

Auch der Deutsche Bauernverband stand vor einer Neuausrichtung seiner Politik, die zeitlich (1996/9) mit der Ablösung des alten „Bauernpräsidenten“ Rehwinkel (der seine Biografie bezeichnend „Gegen den Strom“ betitelt hatte) durch seinen Nachfolger, Constantin Freiherr Heereman, einherging. Heereman ließ den Kampf für kostendeckende Erzeugerpreise fallen und setzte darauf, dass sein Interessenverband nunmehr als normale Lobby unter vielen anderen innerhalb der „pluralistischen Interessengesellschaft“ agieren müsse. Er betrachtete sich ohnehin als ein „Meister des Lobbyismus“, der das Ziel verfolgte, möglichst gute Rahmenbedingungen für den unumgänglichen Strukturwandel herauszuhandeln. Er bezeichnete die von ihm Vertretenen deshalb auch nicht als „Grüne Front“ oder als „Bauerntum“, sondern eher als „Sozialgruppe Landwirtschaft“. Der Bauernverband entschied sich so nach einem lange andauernden Klärungsprozess schließlich dafür, die Vertretung aller Bauern fallen zu lassen und stattdessen auf das Wachstum einer Minderheit von Wachstumsbetriebe zu setzen.

Die Widersprüche dieser Politik gegenüber den „weichenden Betriebe“ sollten durch eine Sozialpolitik für ausscheidende Bauern abgefedert werden – was der neuen innenpolitischen Konstellation (der sozialliberalen Koalition) durchaus entgegen kam. So wurde auf Druck der süddeutschen Landesbauernverbände die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Familien in die gesetzliche Krankenversicherung beschlossen (zunächst allerdings gegen das Votum der Bauernverbands-Spitze, welche die Bauern als Teil der „Unternehmerschaft“ lieber in den privaten Krankenkassen belassen hätte).

Bei der inhaltlichen Suche nach Bündnispartnern im Inland verfiel der Bauernverband (mit Hinweis auf das gemeinsame „Bekenntnis zum Eigentum“) zunächst ausgerechnet auf solche Verbände, die ökonomisch eher gegensätzliche Interessen zu denen der Bauern hatten: nämlich vor allem auf die großen Verbände der Industrie (BDI) und der Genossenschaften. Wie umstritten diese Richtung unter den Bauern war, zeigte sich u.a. an der lange anhaltenden Kritik an Heeremans zahlreichen Posten in Großunternehmen, vor allem im Aufsichtsrat des Dünger- und Pesticid-Herstellers Bayer AG.

Weniger Kritik gab es jedoch zunächst daran, dass der Bauernverband den immer engeren Zusammenschluss mit den Raiffeisen-Großgenossenschaften suchte und dass immer mehr Bauernverbands-Funktionäre darin zahlreiche Spitzenfunktionen bekleideten.

5 EU-Marktordnungen für Genossenschaften und Handel

Die industrielle Entwicklung der europäischen Staaten brachte diese zwangsläufig in eine verschärfte Konkurrenzbeziehung zur Industrie der USA. Die europäische Einigung sollte in diesem Zusammenhang ähnlich große und kostengünstige Produktions- und Absatzräume schaffen, wie sie in den USA gegeben waren. Damit das funktionierte, wurde – zeitlich lange vor der Integration fast aller anderen Wirt-

schafts-Sektoren – der *Wirtschaftsbereich Landwirtschaft* „vereinheitlicht“: d.h. die Zölle für Agrargüter wurden innerhalb der EWG/EU abgebaut, die Agrarwaren konnten frei gehandelt werden. Davon profitierten vor allem Frankreich und – nach deren EU-Beitritt – auch die traditionellen Agrarexportländer Niederlande und Dänemark. Damit diese Absatzchancen der EU-„Agrarländer“ auch in Zeiten von Überschuss-Produktion gesichert blieben, wurden die sogenannten *EU-Marktordnungen* errichtet: Die EU schützte die europäische Agrarproduktion vor den niedrigen Dumping-Weltmarktpreisen durch den „Außenschutz“ (Zölle auf Importe) und garantierte der EU-Ernährungsbranche für bestimmte Agrar-Produkte Mindestpreise (gestützt durch die Interventionskäufe von Überschüssen und deren massiv subventionierten Export bzw. Vernichtung und Lagerung).

Diese EU-Zahlungen galten nicht für die Produkte der Bauern, sondern für die wichtigsten Produkte der Großgenossenschaften und der Ernährungsindustrie: Also nicht für Milch der Bauern, sondern für Butter, Magermilchpulver und Käse der Milchindustrie bzw. der Molkereien. Nicht für die Mastbullen ab Hof, sondern für die Schlachthälften aus den Groß-Schlachtereien. Nicht für das Getreide auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe, sondern für Getreide-Großpartien auf der Großhandelsstufe des Landhandels. Der Bauernverband, der zunächst den gesamten Landwirtschafts-Sektor gegenüber Politik und Agrobusiness vertreten wollte, wuchs immer mehr mit den Großgenossenschaften zusammen und vertrat zunehmend deren Interessen - die sich aber immer mehr von denen ihrer landwirtschaftlichen Mitglieder entfernten. Im verschärften Konkurrenzkampf und bei dem verselbständigten Eigeninteresse der Genossenschaftsunternehmen wurden die EU-Milliarden vor allem zum Nutzen/zum Wachstum des Agrobusiness eingesetzt.

Die Bauern finanzierten Wachstum, Verdrängungskämpfe und Fusionen der „nachgelagerten“ Unternehmen aber nicht nur durch niedrige Erzeugerpreise. Sie mussten immer höhere Kapitalsummen als Anteile in die Genossenschaften einzahlen, die mittlerweile über die Hälfte des landwirtschaftlichen Getreides, der Milch oder des Viehs erfassten und über 50% des Mischfutters herstellten. Sie mussten sich beim Absatz ihrer Produkte immer enger an die Genossenschaften binden, die ihnen dennoch immer mehr aus ihren Händen glitten und deren Entscheidungen sie immer weniger beeinflussen konnten.

Begründet wird diese *Unterordnung bäuerlicher Interessen unter die ihrer „Marktpartner“* damit, dass man als „Agrar- und Ernährungswirtschaft gemeinsam gegenüber der Nachfragemacht des Lebensmitteleinzelhandels eine stärkere Position“ schaffen müsse. Eine Politik für bessere Erzeugerpreise gegenüber den Genossenschaften (mit ihrer Quasi-Monopolstellung gegenüber den Bauern) erwartete man jedenfalls vom Bauernverband vergebens. Vielmehr sprachen sich die Präsidenten von Raiffeisen- und Bauernverband 1998 für eine „zeitgemäße Interpretation des genossenschaftlichen Förderauftrags“ dahingehend aus, dass die von den Genossenschaften ausgezahlten Erzeugerpreise dafür nicht mehr das vorrangige Kriterium sein dürften, sondern gleichrangig „die Marktinvestitionen und die Kapitalausstattung der Genossenschaften“.

Die prinzipielle Aufgabe einer eigenständigen Einkommens- und Preispolitik für Bauern zugunsten der „nachgelagerten Stufen“ – dieser Ansatz bedeutete auch eine weitgehende Preisgabe einer selbständigen Politik für Bauern. Wie viele Posten die führenden *Funktionsträger des Bauernverbands mittlerweile in den Spitzengremien der Großgenossenschaften und des Agrobusiness* besetzen, das wurde vor einiger Zeit in der „Unabhängigen Bauernstimme“, im „Kritischen Agrarbericht“ und in einer Internet-Datei des Naturschutzbundes Deutschland (Nabu) dokumentiert (siehe Kasten).

Die Konstruktion der „Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft“ (CMA) bestätigt diese Einschätzung: Laut Absatzfondsgesetz wird jedem Bauern bei jedem Verkauf von jedem Agrarprodukt eine Zwangsabgabe für die CMA vom eigentlichen Verkaufspreis abgezogen. Aus diesen Bauerngeldern (an die 100 Millionen Euro pro Jahr) wird dann die CMA-Werbung von Ernährungsindustrie und Handel für „deutsche Agrarprodukte“ finanziert.

6 Überschüsse, Umweltschäden und der Zwang zum „Wachsen oder Weichen“

Es ist klar, dass die Konstruktion der EU-Marktordnungen, die ja zur lukrativen Beseitigung von Überschüssen geschaffen worden waren, nun ihrerseits eine weitere Überschuss-Produktion ankurbeln mussten. 1984 lagen 9 Mio. t Getreide, 400.000 t Rindfleisch, 1 Mrd. t Magermilchpulver und 855.000 t Butter auf Halde (Kluge, 2001). Deren Abbau wurde bald unfinanzierbar. Auf dem Weltmarkt stießen die heruntersubventionierten EU-Agrarexporte auf analog herunter-gedumpte US-Überschüsse, diese Agrar-Handelskonflikte beeinträchtigten die europäischen Industrie-Exportchancen in die USA. Das Agrarexport-Dumping ruinierte in vielen armen Ländern die Kleinbauern und machten diese Länder noch abhängiger.

Versuche des deutschen Agrarministers Kiechle, diese Überschüsse durch Milchquoten und durch Flächenstillegungen abzubauen, blieben halbherzig. Die Prämien für die Verringerung der Hektar-Erträge wurden von immer mehr alten und auch neuen Ökobetrieben mitgenommen. Weil aber parallel keine Absatzförderung erfolgte, wurden die Prämien von den Abnehmern der Ökoprodukte in die Abnahmepreise eingerechnet und zur drastischen Senkung der Öko-Erzeugerpreise genutzt. Dadurch kamen auch die Ökobetriebe an den Subventionstropf, wie schon vorher ihre konventionellen Berufskollegen.

Noch schneller als die Unternehmen der Ernährungsindustrie wuchsen seit Beginn der 70er Jahre die *Konzerne im Lebensmittel-Einzelhandel (LEH)*, wobei die Agrar-Überschuss-Situation eine günstige Bedingung bildete. Die Handelsgruppen standen und stehen zwar untereinander in einem heftigen und ruinösen Preiswettbewerb, aber auf der Beschaffungsseite können sie ihren Lieferanten aus der Ernährungsindustrie weitgehend die Lieferpreise und -bedingungen diktieren. Das liegt weniger an der Konzentration dieser Handelsketten, sondern vor allem daran, dass in

der Agrar- und Ernährungsbranche riesige Überschüsse und Überkapazitäten aufgebaut wurden (siehe oben: Subventionierung des Agrobusiness durch die EU-Marktordnungen). Diesen Preisdruck gaben Ernährungsindustrie und Genossenschaften weiter an die landwirtschaftlichen Betriebe.

All dies verschärfte die betriebswirtschaftliche Situation vieler Landwirtschaftsbetriebe dramatisch. In den 80er Jahren schien das Ende dieser „Sackgasse“ erreicht: Betriebe konnten sich nun nicht mehr stetig vergrößern, denn sowohl das Pachtland wie auch außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze waren knapp. Die Konkurrenz unter den Landwirten verschärfte sich zu einem Verdrängungs-Wettbewerb und zu einem Preisdruck, bei dem sich die Wachstumsbetriebe in den Gunstregionen der EU ein Überleben auf Kosten von kleineren Betrieben in den benachteiligten Gebieten der EU ausrechneten. Lebensmittel-, Tierschutz- und Umweltskandale nahmen dramatisch zu.

7 Agraropposition

Dagegen und gegen die Politik des Bauernverbands bildete sich in den 70er Jahren eine „Agraropposition“. Ihre Ursprünge hatte sie u.a. in regelmäßigen Treffen von alternativ-kritischen Agrarstudenten, Landjugendlichen und Bauern (im „Arbeitsfeld Landwirtschaft“ und rund um den „plakat-Bauernverlag“), die thematisch zu Themen wie Agrarpolitik, Agrarindustrie, Ökolandbau und Welternährung arbeiteten. Mitte der 70er Jahre entstand die „Arbeitsgemeinschaft Bauernblatt“, die in einer eigenen Agrarzeitung die Meinungen veröffentlichte, die in den Bauernverbandszeitungen unterdrückt bzw. nicht abgedruckt wurden.

Um die Zeitung „Bauernblatt“ („Eine Zeitung von Bauern für Bauern“) gruppierten sich rasch bundesweit weitere Gruppen von Landjugendlichen und Bauern, so dass es bald zur Gründung der bundesweiten AbL – Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft kam. Deren Zeitung „Unabhängige Bauernstimme“ ist auch heute wohl immer noch die wichtigste Bauernzeitung, die neben den Zeitungen im Einflussbereich des Bauernverbands existiert.

Die Politik des Bauernverbandes befand sich augenscheinlich in einer Sackgasse, die Kritik und die Opposition unter den Landjugendlichen und Bauern gegen diese Politik wurde immer stärker (s.u.). Innerhalb des Bauernverbands protestierten ganze Kreisverbände gegen die Politik der Bauernverbandsspitze, indem sie ihre Mitgliedsbeiträge bis zu einer angemahnten Politikänderung auf Sperrkonten parkten. Auch außerhalb der Landwirtschaft manifestierte sich eine generelle Kritik an dieser Agrarentwicklung in vielbeachteten Gutachten, Studien und Denkschriften von Umwelt-Sachverständigen, Umweltverbänden, Kirchen, Dritte-Welt-Verbänden und -hilfsorganisationen.

8 Deutsche Einigung, Strukturbrüche und Agrarindustrialisierung

Die Wende 1989 *und die deutsche Einigung erbrachte* völlig neue Rahmenbedingungen. Durch die „Öffnung nach Osten“ ergab sich ein zeitlicher Aufschub für die Lösung der bereits klar zutage getretenen Probleme der alten Agrarpolitik. Die bisherige Agrar-Entwicklung konnte so noch eine Weile nach altem Muster fortgesetzt werden, sogar mit erheblich verschärftem Tempo. Als nach der Wende 1989 (infolge des Zustroms billiger West-Lebensmittel und durch das Landwirtschafts-Anpassungsgesetz) die alten Strukturen der „industriemäßigen Agrarproduktion“ zerstört wurden, bildeten sich im Osten neue, zum erheblichen Teil agrarindustrielle Strukturen heraus: durch Eingliederung in westdeutsche Agrarunternehmen und Konzerne oder durch Umwandlung der alten LPG-„Produktionsgenossenschaften“ in Lohnarbeitsbetriebe. Eine neue, ungeahnte Dimension von „Wachsen oder Weichen“, ein regelrechter Strukturbruch in Ost- und auch Westdeutschland war die Folge, zu Lasten privater Bauern im Osten („Wiedereinrichter“) und auch im Westen.

Eine fatale Rolle spielte in diesem Prozess der Deutsche Bauernverband: Aus Angst, die LPG-Nachfolgebetriebe könnten sich – als Konkurrenz zum Bauernverband – eigenständig organisieren, fuhr Präsident Heereman direkt nach der Wende nach Suhl zum „Bauerntag“ der alten DDR-„*Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe*“, einem bisher SED-gelenkten „Äquivalent“ zum westdeutschen Bauernverband. Unter dem Eindruck der unsicheren Umbruchsituation gelang es ihm, den raschen *Zusammenschluss mit dem Bauernverband* einzufädeln und so das Monopol des Bauernverbands in der landwirtschaftlichen Interessenvertretung auch im Osten zu sichern.

Allerdings hatte dieser DBV-Erfolg einen hohen Preis: Die gut geschulten *Leiter der LPG-Nachfolgebetriebe* stellen heute die Präsidenten in vier von fünf der ostdeutschen Landesbauernverbände, sie dominieren oder blockieren seither in wesentlichen Fragen die Politik des Bauernverbands. Der Vizepräsident des Landesbauernverbands Sachsen-Anhalt, Dr. Nehring, zum Beispiel ist nicht nur Mitgesellschafter eines 1000-Hektar-Ackerbaubetriebs, sondern auch der drittgrößten Bullenmastanlage Deutschlands mit 13.000 Stallplätzen (UB 7/91). Dem Druck dieser Agrarindustrie- und Großbetriebe hat sich auch der bayerische Heereman-Nachfolger Gerd Sonnleitner (seit 1997 im Amt) gebeugt.

9 Weltmarkt-Handelskriege, neue Strömungen und EU-Agrarreformen

Um den zu erwartenden Sanktionen der Welthandelsorganisation (*WTO*) und den Gegenreaktionen der agrarexport-orientierten USA zuvorzukommen und um die EU-Ernährungsindustrie auch ohne die umstrittenen Exportsubventionen „weltmarktfähig“ zu halten, führte die EU 1992 *die erste Agrarreform* durch: Sie führte

zu einer erheblichen Senkung der preisstützenden Interventionspreise bis hinunter auf Weltmarktniveau. Die freiwerdenden Milliarden wurden jetzt direkt an die Menge der landwirtschaftlichen Produktion (auf den landwirtschaftlichen Betrieben) gebunden: je mehr ein landwirtschaftlicher Betrieb produzierte, desto mehr *Flächen- und Tierprämien* bekam er. Obwohl der Bauernverband zunächst vehement gegen diese „Aushöhlung“ der Intervention gekämpft hatte, konnte er sich mit dieser Lösung, die zwar zu Lasten der Genossenschaften ging, aber die großen Agrarbetriebe begünstigte, schließlich doch versöhnen. Allerdings kamen vor allem große, durch-rationalisierte Ackerbaubetriebe, vor allem in Ostdeutschland, in den Genuss dieser Zahlungen (oft in Millionenhöhe pro Jahr), weil der Bauernverband neben den Acker- und Bullenprämien *keine „Grünlandprämie“* für Milchviehhalter gefordert hatte.

Unter dem Druck der anstehenden *Osterweiterung* und der *anhaltenden WTO-Forderungen nach Abbau produktionsgebundener Agrarsubventionen* kam es im Jahre 2000 zu einer weiteren Agrarreform: Die „*Agenda 2000*“ behielt die obigen Prämien zwar weitgehend bei, senkte diese aber und verwandte 10 % der EU-Agrarausgaben für die (neue) „*2. Säule der Agrarpolitik*“: zur Förderung von Agrarumweltprogrammen, Ökolandbau, regionaler und direkter Vermarktung und ländlicher Entwicklung – mit neuen Einkommenschancen auch für kleinere Höfe in „benachteiligten Gebieten“.

Diese und auch die neuerliche EU-Agrarreform nach dem „*Midterm-Review*“ 2003 stieß auf den Widerstand des Bauernverbands: vor allem wegen der *Abkopplung der Prämien von der Produktionsmenge*. Zukünftig soll die Prämienmenge je Betrieb nicht mehr davon abhängen, welche (Überschuss-) Mengen man produziert. Geplant sind Betriebsprämien, die einheitlich sind für alle Flächen, egal ob Acker oder Grünland. Verhindern konnte der Bauernverband auch nicht die Einführung der „*Modulation*“, die den Beziehern größerer Subventionssummen einige Prozente davon wegekürzt, zugunsten von Bauern, die an regionalen Qualitäts-, Tierschutz- oder Agrarumweltprogrammen teilnehmen.

Dieser *Entwicklung alternativer Einkommensquellen* hatte der Bauernverband lange verständnislos oder ablehnend gegenüber gestanden. Heereman verhöhnte noch in den achtziger Jahren die Ökobauern als „ideologische Petersilienjünger“. Aber auf Ebene des Betriebs und der Vermarktung wandten sich immer mehr Bauern ab vom Kurs der zunehmenden Agrar-Industrialisierung bzw. von der Intensiv-Produktion von Überschüssen zu Niedrigpreisen. Diese immer relevantere Minderheit wollte anders produzieren und leben oder/und sich direkt an die Verbraucher wenden: über den *Ökologischen Landbau* und über *Direktvermarktung*.

10 BSE, Agrarwende und Gegenwind für den Bauernverband

Stellte schon diese Entwicklung die Ausrichtung des Bauernverbands politisch in Frage, so kam es im Jahre 2000 in Zusammenhang mit der *BSE-Krise* zur endgülti-

gen Diskreditierung dieser Verbandspolitik. Entgegen allen beschönigenden Kommentaren von Fleisch- und Futtermittelbranche und von Minister Funke wurde die Rinderkrankheit BSE nun auch bei deutschen Rindern nachgewiesen. Jahrelang hatte auch der Bauernverband suggeriert, BSE sei ein rein „britisches Problem“ - so auch Vizepräsident Niemeyer, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender bei der Nordfleisch und in Futtermittelgenossenschaften.

Kanzler Schröder reagierte auf diese BSE-Krise, indem er die „Agrarwende“ ausrief: mit einer „gläsernen Kette vom Hof bis zur Ladentheke“ und einer „Abkehr von den Agrarfabriken“, auch zum Nutzen der „redlichen Bauern“, die „ordnungsgemäß wirtschaften. Die neue „Verbraucherministerin“ Künast propagierte Anfang 2001 vor allem das Ziel, „20% Öko binnen 10 Jahren“ zu erreichen. Eine neue Aufbruchstimmung und Politik hätte damals bei vielen Bauern durchaus Unterstützung gefunden. Sie wurde aber u.a. dadurch zunichte gemacht, dass viele konventionelle Bauern nicht ohne Grund meinten, mit „Agrarfabriken“ seien auch ihre Höfe gemeint und dass nur die Bioproduktion noch akzeptabel sein sollte. Dies konnte die Bauernverbandsführung nutzen, um die verunsicherten Bauern wieder hinter sich zu bringen. „*Ist mein Hof eine Agrarfabrik, Herr Kanzler?*“ – auf diese drängende Frage vieler Bauern gab Schröder lange keine Antwort.

Mit zunehmendem zeitlichem Abstand vom „BSE-GAU“ wich die demonstrativ zur Schau gestellte Bußfertigkeit des - mit der agrarindustriellen Futtermittelwirtschaft verfilzten - Bauernverbands aber bald wieder einer immer aggressiveren und hämischeren Haltung gegen die Agrarwende und Ministerin Künast. Erst nach der Wiederwahl der rotgrünen Regierung 2002 entschlossen sich viele DBV-Funktionäre zu einem weniger destruktiven Umgang. In ihrem Buch „Klasse statt Masse“ betonte Renate Künast jedoch eindeutig, der Deutsche Bauernverband sei beileibe nicht der einzige Verband deutscher Bauern: „Außer dem DBV gibt es noch 31 weitere Verbände für konventionelle Landwirtschaft, 13 Verbände für den Öko-Anbau, 27 Berufsverbände und 10 Gesellschaften. Ein Verband ist zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die die kleineren bäuerlichen Betriebe, ökologische wie konventionelle vertritt. Ihr gehören über 5000 Höfe an.“

Seit der Agrarwende haben auch andere Verbände neben dem Bauernverband einen deutlich stärkeren Einfluss auf die Agrarpolitik und auf die Arbeit der Agrarverwaltungen bekommen. Das betrifft nicht nur die Umwelt- und Verbraucherverbände, sondern auch die bäuerlichen Interessenvertretungen neben dem Bauernverband.

Vor allem aber werden die „neuen“ Agrarverbände - wie auch Verbände aus dem Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz - jetzt neben dem DBV zu Anhörungen und Beratungen gleichberechtigt eingeladen. Das erleichtert ihnen - trotz oftmals knapper Ressourcen - jetzt den Einstieg in die klassische Lobby-Arbeit, weil Informations-Kontakte zu Ministerialbeamten nicht mehr blockiert werden. *Das Alleinvertretungs-Monopol des Bauernverbands hat einen deutlichen Einbruch zu verzeichnen.*

Die Agrarwende bekam einen schweren Schlag durch den *Nitrofen*skandal im Sommer 2002, als in Futtermitteln und Öko-Produkten das längst verbotene Pestizid Nitrofen entdeckt wurde. Besonders schädlich wirkte sich die späte Veröffentlichung des Skandals durch die Bioverbände aus. Deutlich wurde auch, dass die großen agrarindustriellen Futtermittel- und Geflügel-Konzerne mittlerweile einen erheblichen Teil der Bioproduktion an sich gezogen hatten. In Zusammenhang mit der Nitrofenkrise wurde auch offenbar, dass viele der beteiligten Unternehmen aus der klassischen Agrarindustrie und aus den im Raiffeisenverband verbundenen Futtermittelwerken kamen. Bei der Generalversammlung der Raiffeisen-Centralgenossenschaft bekannte sich Sonnleitner dennoch „offen zu den Seilschaften und Netzwerken, die Frau Künast in der deutschen Landwirtschaft so kritisiert“.

Die *Biobranche* kann sich derzeit nur langsam von einem massiven Einbruch der Nachfrage erholen. Es ist noch offen, welche endgültigen Schlussfolgerungen die einzelnen Bioverbände aus alledem im Hinblick auf ihre politische Interessenvertretung ziehen werden. Bisher vermeiden die meisten Bioverbände, die sich vor allem durch die Anbautechnik definieren, eine klare Positionierung zu vielen strukturpolitischen Fragen. Dahinter steht u.a. das Bestreben, sich auch die Umsatz- und Flächenbeiträge der großen Biobetriebe zu sichern, unter denen sich sogar etliche im Besitz von klassischen Agrarindustriellen befinden. Dies bedeutet jedoch eine Abkehr von den Ideen wichtiger Bio-Pioniere wie denen der Bioland-Gründer Müller oder Rusch, die die Bioproduktion eng mit den bäuerlichen Betrieben verbunden sahen. Auch die frühere kritische Haltung zum Bauernverband scheint abzunehmen, seit dieser seine offen-polemische Haltung zum Biosektor aufgegeben hat, zugunsten einer Einbeziehung des Ökosektors in seine Verbandspolitik. So ist der großbetrieblich strukturierte Biopark-Verband sogar Mitglied im Landesvorstand des Bauernverbands Mecklenburg-Vorpommern. Dies ist das vielleicht deutlichste Zeichen dafür, dass der Bauernverband bemüht ist, auch „*neue Strömungen*“ wie die der Ökobauern, Direktvermarkter, Dienstleister oder Teilnehmer an Agrarumweltprogrammen zu integrieren – ohne diesen als „Nischenproduzenten“ abqualifizierten Vertretern eine wirkliche Chance auf Einfluss zu geben.

11 Bauernverband, agroindustrieller Komplex und Interessengegensätze

Dem entspricht eine neue, noch festere Klammer zwischen Bauernverband und dem Agrobusiness: die „*Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft*“ (FNL), gegründet durch den Zusammenschluss der agrarchemie-dominierten „Fördergemeinschaft Integrierter Pflanzenbau“ (FIP) und der „Aktionsgemeinschaft Deutsches Fleisch“ (AGF). FNL-Mitglieder sind: alle Chemie-Konzerne des Industrieverbands Agrar (IVA) aus den Bereichen Pflanzenschutz, Düngemittel und Tierpharmazeutika, alle großen Mischfutter-, Futterzusatz- und Tiermehlhersteller, die großen Schlachtkonzerne, die Zentralverbände der Geflügel-, Rinder- und Schweinezucht, der Deutsche Raiffeisenverband sowie – in einer Minderheitsposition – der Bauern-

verband und der Verband der Landwirtschaftskammern. Als Vorstandsvorsitzender soll Bauernverbands-Präsident Sonnleitner diesem Verbund offenbar dennoch ein landwirtschaftliches Gepräge geben. Zum Geschäftsführer wurde Dr. Jürgen Fröhling bestellt, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des Pflanzenschutzbereichs der Bayer AG. Laut Geschäftsbericht des Bauernverbands soll über diese FNL „die berufsständische Öffentlichkeitsarbeit gebündelt“ werden. Was eigentlich bedeutet, dass die Bauernverbandsspitze der Öffentlichkeit nichts wesentlich anders zu vermitteln gedenkt als die Chemie-, Futter- und Fleischkonzerne.

Eine solche Verbindung hat natürlich auch Folgen und Risiken: Zum Beispiel die Gefahr, dass man sich mit einer solchen chemie- und agrarindustriegeprägten Selbstdarstellung in der Gesellschaft immer mehr isoliert. So spricht die ZEIT denn sogar von einem „agroindustriellen Komplex“ (von Saat- und Futterlieferanten, Chemieindustrie, marktbeherrschenden Molkerei- und Fleischgenossenschaften), der sich „um den Deutschen Bauernverband schart“. Die Agroindustrie-Vertreter in der FNL verlangen immer energischer, es müsse endlich Schluss sein mit der öffentlichen Darstellung der Agrarbetriebe als „romantischen Streichelzoos“ – die Realität des Chemieeinsatzes und der sogenannten „Kleingruppenhaltung“ (Käfighaltung) müsse jetzt akzeptiert werden. Schon als Vorsitzender der „Aktionsgemeinschaft Fleisch“ (AGF) als Zusammenschluss der „Verbände und Unternehmen der deutschen Land- und Fleischwirtschaft“ hatte Bauernverbands-Vizepräsident Niemeyer gefordert, man müsse den Verbrauchern endlich erklären, „warum der Spaltenboden für Mensch und Tier besser sei“ als die Haltung mit Stroh und Auslauf.

Wie weit eine solche Rücksichtnahme auf die Interessen des Agrobusiness gehen kann, dafür führte die „Unabhängige Bauernstimme“ folgendes Beispiel an: „Die Abhängigkeit der Agrarzeitungen (des Bauernverbands) von Agrarchemie-Anzeigen tut ein übriges: wie uns ein Insider berichtete, soll es vor Jahren nach einem leicht-kritischen Bericht in einem führenden Landwirtschaftsmagazin (über Unwohlsein von Bauern nach Pflanzenschutzarbeiten) eine Drohung relevanter Agrarchemie-Inserenten gegeben haben, eine Weile keine Anzeigen mehr zu schalten – mit sichtbarem Erfolg bis heute“ (UB 10/01).

Bei dieser Verbindung ist es auch kein Wunder, dass der Bauernverband mit den Pflanzenzüchtern eine Vereinbarung über die Erhebung von „*Nachbau-Gebühren*“ für den Fall vereinbart hat, dass Bauern das von ihnen geerntete Getreide wieder als Saatgut verwenden wollen. Eine oppositionelle „Interessengemeinschaft gegen Nachbaugebühren“ hat mittlerweile vor dem Europäischen Gerichtshof ein Urteil erstritten, wonach diese Ausforschung der landwirtschaftlichen Betriebe durch die Saatgutfirmen rechtswidrig ist. Eine offene Schlappe für den Bauernverband, besonders vor seinen empörten Mitgliedern.

Bei einer solchen Allianz mit Agrarchemie und Agrarindustrie kam es denn auch dazu, dass der Bayerische Bauernverband wegen seiner laxen Haltung zu Antibiotika-Skandalen in die Schlagzeilen geriet. So verwundert es auch nicht, dass der Bauernverband gemeinsam mit den Geflügel-Agrarkonzernen gegen ein Verbot der Käfighaltung und gegen die Kritik an der agrarindustriellen Putenmast zu Felde

zieht. Und vor diesem Hintergrund ist es auch kein Wunder, wenn Bauern aus den Agrarzeitungen sehr viel mehr Positives als Kritisches über Agrarchemie und Gentechnik erfahren. Und da hat der Bauernverband mittlerweile fast ein *Medienmonopol*: Fast alle Landwirtschaftszeitungen werden direkt oder indirekt vom Bauernverband herausgegeben bzw. verlegt: die Marktführer „top agrar“ und „dlz-magazin“ ebenso wie alle regionalen Landwirtschafts-Wochenblätter (Auflage: 500.000), die wichtigsten Fachzeitungen, die „DLG-Mitteilungen“, der Nachrichtendienst „agra-europe“, die DLV-Informationen des Landfrauenverbands und die „Neue Landwirtschaft, das Fachmagazin für den Agrarmanager von Großbetrieben.“

Selbst die *Protest-Aktionen des Bauernverbands vor den Discountläden*, die sich gegen den Preisdruck der Handelsketten und das Verramschen von Milch und Fleisch richten, dienen vor allem dem Ziel, die Verhandlungsposition der Molkereien und Schlachtereien gegenüber den Handelskonzernen zu stärken. Ob und wieviel diese Genossenschaften dann in Form höherer Erzeugerpreise an die Bauern weitergeben, das wird nicht thematisiert. Vielmehr ruft der DBV in seiner Freiburger Erklärung „Lebensmittel sind mehr wert“ dazu auf, die Allianz zwischen Bauern und Ernährungswirtschaft weiter zu festigen. Das niedersächsische Landvolk erklärt als Schwerpunkt seiner Politik sogar den „Schulterschluss mit dem der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Bereich, also mit den Vorlieferanten der Landwirte und vor allem auch mit den Abnehmern und der Ernährungsindustrie“ und ehrte jüngst demonstrativ „vier erfolgreiche Persönlichkeiten“ aus der Zucker-, Geflügel-, Kartoffelverarbeitungsindustrie und den Genossenschaftszentralen.

Überlegungen zu einer Preispolitik gegenüber den *direkten* Abnehmern bäuerlicher Produkte wird man deshalb vergebens erwarten. Schließlich gingen selbst die ersten Milchpreis-Vergleiche zwischen den Molkereien nicht vom Bauernverband aus, sondern wurden erst nach langem Zögern von ihm abgedruckt. Während die Schweinehalter in ihrem ISN-Verband gravierende Preisnachteile der Schweineerzeuger durch eine Monopolstellung der möglicherweise fusionierten West- und Nordfleisch-Gruppe befürchten, treibt der Bauernverbands-Vizepräsident und Nordfleisch-Aufsichtsratsvorsitzende Niemeyer diese Fusion voran und fordert sogar eine stärkere Zusammenarbeit aller genossenschaftlichen Fleischzentralen und eine engere genossenschaftliche Bindung der Bauern. Präsident Sonnleitner bemängelte sogar, den Genossenschaften fehle das Geld für die Erschließung neuer Märkte, weil sie „ihre Hauptkraft für den Ankauf der Schweine“ verwenden müssten.

Die wichtigste Bewährungsprobe der FNL-Allianz steht erst noch bevor, nämlich bei der geplanten *Durchsetzung des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen*. Umfragen zufolge lehnen 70% der deutschen Bauern den Anbau gentechnischer Pflanzen ab. Hier hat sich der Bauernverband bisher noch nicht offen auf die Linie der Chemie- und Saatgutkonzerne begeben und sich sogar gegen die „Patentierung von Leben“ ausgesprochen. Heftige Konflikte werden aber allerorts die Regel sein, wenn auf einem Acker gentechnische Pflanzen wachsen und die Nachbarkulturen und Nachbaräcker durch den Pollenflug unwiderruflich belastet werden. Eine Koexistenz zwischen Gentechnik- und Nichtgentechnik-Landwirtschaft scheint un-

möglich, die mit dem Anbau verbundenen Kontrollen, Anbauregeln und Schäden werden elementar in die Selbstbestimmung der Landwirte eingreifen, eventuelle Skandale werden vor allem die Bauern ausbaden müssen.

Aber: So sehr sich all diese Interessengegensätze auch zuspitzen mögen, die Existenz und Mitgliederbasis des Bauernverbandes werden dadurch aller Voraussicht nicht entscheidend in Frage gestellt werden. Zu sehr ist der Bauernverband mittlerweile zu einer „halbstaatlichen Institution“ geworden, die in weiten Bereichen ein Monopol an Interessenwahrnehmung für sich in Anspruch nimmt. Woher kommt diese Machtstellung?

12 Halbstaatlicher Dienstleister mit Vertretungsmonopol

Zunächst zur *Organisation des Bauernverbands*: Der DBV ist ein „Verband der Verbände“, mit 18 Landesbauernverbänden (mit gewichteter Stimmenzahl) als ordentlichen Mitgliedern, deren über 430.000 Mitglieder wiederum in rund 400 Kreisverbänden organisiert sind. Weitere ordentliche Mitglieder des DBV sind der Deutsche Raiffeisenverband und der Bund der Deutschen Landjugend. Darüber hinaus sind über 40 Verbände und Institutionen „assoziierte Mitglieder“ des DBV, darunter der Landfrauenverband und die DLG, landwirtschaftliche Sparten- und Fachverbände, aber auch der Bundesverband Deutscher Pflanzzüchter, Agrar-Versicherungen, der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft, der Milchindustrieverband und der Bundesverband der privaten Milchwirtschaft oder die Deutsche Siedlungs- und Rentenbank.

Die *Geschäftsstelle* des DBV selbst (mit einer Dependence in Berlin) ist dabei personell weit weniger stark als die der starken Landesverbände, auch dies ein Zeichen für die Hausmacht einiger Landes-Präsidenten, die der Bauernverbands-Präsident stets berücksichtigen muss. Die *Willensbildung* von unten nach oben verläuft formal über die „Ortslandwirte“, die Kreis- und Landesverbände sowie über die regelmäßigen Treffen der Ehren- und Hauptamtlichen, u.a. im Präsidium, im Verbandsrat oder im Treffen der Kreisgeschäftsführer). Der Forderung nach mehr innerverbandlicher Demokratie, von vielen Kritikern seit Jahrzehnten angemahnt, ist der DBV zumindest dadurch nachgekommen, dass der DBV-Präsident nicht mehr durch die Präsidenten der Landesbauernverbände, sondern durch die Versammlung der Kreisvorsitzenden gewählt wird. Beim letzten Bauerntag kam es bei der Wahl eines Vizepräsidenten sogar zu einer Kampfabstimmung.

Trotzdem wird durch die *Mehrstufigkeit bei der Willensbildung* eine effektive Willensbildung von unten erschwert: vor allem dadurch, „dass die Landesverbände oppositionellen Strömungen einzelner Unterverbände den Durchbruch zur Verbandsspitze verwehren, indem sie die Wortführer dieser Gruppen, etwa Vorsitzende von Orts- und Kreisverbänden, am Eindringen in die Organe der nächsthöheren Verbandsstufe hindern“ Daraus folgen eventuell so uniforme Meinungsäußerungen,

dass selbst die Auffassungen bedeutender Minderheiten auf Landesebene ignoriert werden (Bürger, 1966)..

Entscheidend für die Rolle und die Bedeutung des Bauernverbandes bleibt die Einheit des Verbandes und damit die Erhaltung des Alleinvertretungs-Monopols: dies gilt für den Erhalt halbstaatlicher Aufgaben ebenso wie dafür, für seine Bündnispartner interessant zu bleiben. Dies ist auch bedeutsam für die damit verbundene finanzielle Absicherung der Organisation und ihres Apparates – vor allem in einer Zeit, da an die Lobby-Arbeit und ihre Professionalisierung immer höhere Anforderungen gestellt werden. „Wir sind mal Kampftruppe, mal Dienstleister, mal Expertenteam. Wir sind als kompetenter Partner und harter Gegner anerkannt oder gefürchtet. (...) Wir werden als Deutscher Bauernverband weiterhin die Kraft zum Konsens und Kompromiss in den eigenen Reihen finden – dies als Voraussetzung für einen hohen Durchsetzungsgrad in der Politik“ (Sonnleitner, 1989).

Der Hauptgrund für die jahrzehntelange Behauptung des Vertretungsmonopols des Bauernverbands besteht darin, dass die Entstehung anderer, *konkurrierender bäuerlicher Interessenvertretungen* vom Bauernverband seit jeher systematisch verhindert wurde: so die „Deutsche Bauernschaft“ des SPD-Agrarexperten Schmidt-Gellersen in den 50er Jahren, die „Notgemeinschaft“ in den Sechzigern und die aufmüpfigen Landjugendverbände in den Siebzigern (Poppinga, 1975). Mangels Alternative ist vielen Bauern dann die DBV-Vertretung lieber als gar keine. Bei einer Umfrage im Jahre 1993 wünschten sich zwar 27% der Bauern eindeutig eine „andere Bauernvertretung“ und bewerteten immerhin 51% bzw. 78% die Leistungen und den Einsatz des Bauernverbandes für seine Mitglieder als lediglich „befriedigend oder schlechter“ – aber drei Viertel der Befragten meinten auch, „ohne den Deutschen Bauernverband könnte sich die Landwirtschaft kaum Gehör verschaffen“ (Bauernblatt Schleswig-Holstein, 17.4.93).

Zudem machen es etliche Vertreter der Politik, der Medien, der Verbraucher, des Tier- oder des Naturschutzes mit ihren oftmals *pauschal-bauernfeindlichen Äußerungen* dem Bauernverband leicht, seine Mitglieder wieder fester an sich zu binden. Zwar hat der Bauernverband mittlerweile nicht nur das „Vokabular der Nachhaltigkeit“ voll für sich entdeckt, sondern auch die Bedeutung von finanziellen Chancen der Agrarumweltprogramme für seine Mitglieder realisiert (Heinze, 1992). Trotzdem oder gerade deshalb pflegt er in seiner Verbandspresse liebevoll das Feindbild der „Umweltschützer“. Dabei werden zwar nach wie vor in der Öffentlichkeit „markige Worte“ erwartet, aber der Hauptakzent liegt auch beim Bauernverband in der „Realpolitik: die Vorschläge auf ihre Vor- und Nachteile für uns abklopfen, dann unsere Änderungswünsche konstruktiv, flexibel und kompromissbereit in die Diskussion und die entscheidenden Gremien hineinbringen“ (Vizepräsident Niemeyer).

Bedeutsam für die Bauern ist zweifellos der *Einsatz des DBV gegen ökonomisch nachteilige gesetzliche Rahmenbedingungen*: „Das Naturschutzgesetz, das Wasserhaushaltsgesetz, das Bundes-Immissionsschutzgesetz und neue Waldschäden stellten zusätzliche Anforderungen an die Produktionstechnik und drückten die Be-

triebsergebnisse. Durch die Förderung des integrierten Pflanzenschutzes und durch praxisnahe Gesetzgebungsvorschläge gelang es, extreme Forderungen erträglicher zu gestalten“ (Schnieders, 1998). Die Debatte um den Umweltschutz konnte der Bauernverband sogar nutzen, um Vorschläge zur „energetische Nutzung des land- und forstwirtschaftlichen Produktionspotentials“ (nachwachsende Rohstoffe) in Form von Fördermaßnahmen zu verankern.

Zahlreiche Wissenschaftler sehen in der „Statusfurcht“ der Landwirtschaft, die zu einer gesellschaftlichen Randgruppe wurde, den Grund für die starke Gruppenidentifikation und die Bindungskraft des Bauernverbands. Hinzu kommt aber, dass bisher allein der Bauernverband wichtige Elemente der Sorgen und der *Befindlichkeit der Landwirte* ansprach und nach außen darstellte: so die Arbeitsbelastung der Bauern, deren „60-Stunden-Woche“ von DBV-Rednern regelmäßig pathetisch gegen „die Forderungen der Gewerkschaften nach einer 35-Stunden-Woche“ gewendet wird. Ebenso der stete Kampf der Bauern gegen zunehmende Bürokratie und Auflagen, die den „Landwirt zum Schreibwirt“ machen. Schließlich aber auch die deutliche Benennung von echten und vermeintlichen deutschen Wettbewerbsnachteilen bei Umwelt-, Tier-, Landschafts- und Verbraucherschutz innerhalb der EU und die Warnung vor „nationalen Alleingängen“.

Auch über die *Dienstleistungen* seiner Kreisgeschäftsstellen und die Kompetenz vieler seiner Kreisvorsitzenden, vor allem bei Rechtsberatung und bei Hilfe in Behördenangelegenheiten, kann der Bauernverband seine Mitglieder an sich binden – zumal es bisher keine privat angebotenen praxisnahen Alternativen gibt. Schließlich hat der Bauernverband es sogar verstanden, sich ein faktisches *Monopol bei originär staatlichen Aufgaben* zu sichern. So ist die Antragstellung für die landwirtschaftlichen Alterskassen fast vollständig in der Hand des Bauernverbands. In Bayern hat der Bauernverband sogar den Status einer „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ erlangt und nimmt – gegen staatliche Kostenerstattung – öffentliche Aufgaben wahr, wie Sozialberatung, Abwicklung von Förderprogrammen usw.. In Schleswig-Holstein gibt der DBV zusammen mit der Landwirtschaftskammer seine Zeitung „Bauernblatt“ heraus. In Baden-Württemberg betreibt er die Vermittlungsstelle für Mutterkuhprämien.

Da sind viele Bauern geneigt, trotz ihres Unmuts im Verband zu bleiben, um im Notfall keine *Nachteile* zu haben. Das gilt auch nach Abgabe oder Verpachtung des Hofes, und selbst wenn der Altbauer dann austreten sollte – die Beiträge des Bauernverbandes übernimmt ohnehin der Pächter seiner Flächen. Die DBV-Beiträge richten sich nämlich hauptsächlich nach der bewirtschafteten Fläche der aktiven Mitglieder (etwa 5 Euro je Hektar, allerdings in etlichen Landesverbänden mit einer Vergünstigung für Großbetriebe: die Obergrenze des Jahresbeitrags liegt bei 500 Euro). Der Spruch, wonach der Bauernverband der einzige Verein sei, der zielgerichtet die Verringerung ihrer eigenen Mitgliedschaft betreibt, verliert so vielleicht seinen Schrecken.

Eine gewisse *Furcht vor dem Austritt* ergibt sich auch aus der *fast umfassenden Präsenz des Bauernverbands vor Ort*: Das bestehende Monopol des Bauernverbands

führt z.B. bei den Wahlen zu den halbstaatlichen Landwirtschaftskammern dazu, dass die Vertreter des Bauernverbands auch dort automatisch Leitungsfunktionen innehaben. Bauernverbandsvertreter entscheiden in Kommissionen mit über Verkäufe und Verpachtungen von Land, über die Wirtschaftsberatung oder über die Vergabe von Investitionszuschüssen. Als „ungeschriebenes Gesetz“, so der ehemalige Präsident Rehwinkel, galt z.B. in Niedersachsen: Wer beim Bauernverband „das Amt des Vorsitzenden eines Kreisverbandes annimmt, wird damit gleichzeitig Kreislandwirt der Landwirtschaftskammer und übernimmt auch alle weiteren Ämter, die damit zusammenhängen, z.B. Vorsitzender der Grundstücksverkehrskommission, Vorsitzender des Kuratoriums für Wirtschaftsberatung, der Kreisarbeitsgemeinschaft Milch usw.“ (Rehwinkel, 1974). Eine absolute Vormachtstellung und Kontrolle erkannte der Wissenschaftler Rolf G. Heinze nicht nur bei den Wahlen zu den Landwirtschaftskammern, vielmehr, so Heinze in einer Studie zum Deutschen Bauernverband, „unterstützen die Kammern indirekt die Infrastruktur des Bauernverbands“ (Heinze, 1992)

13 Lobbyarbeit, CDU-Nähe und Verklammerung von Verbänden

Auch zwischen vielen *Agrarbehörden, CDU/CSU und Bauernverband* hat sich eine gegenseitige Partnerschaft und Hilfestellung herausgebildet. Jahrzehntlang kamen die für den Agrarsektor relevanten Gesetzesinitiativen „zumeist aus dem DBV oder aus einer seiner Komplementärorganisationen“, das Bundesministerium brachte in der Regel Gesetzesentwürfe erst nach der Beratung mit dem Bauernverband ins Kabinett, Staatssekretäre kamen oft aus den Unter- und Nebenorganisationen des Bauernverbands. Die Staatsinstanzen bräuchten ohnehin den Rat der Verbandsexperten und eine faire Mitarbeit bei der Durchführung von Gesetzen (Heinze, 1992). „Die Hauptamtlichen des DBV, deren Zahl sich seit der Gründerzeit nicht geändert hat, bereiten die zahlreichen Gremiensitzungen des DBV vor, erarbeiten Unterlagen und Stellungnahmen und vertreten die DBV-Interessen in anderen Gremien. Sie dolmetschen und beeinflussen die Gesetzes- und Verordnungsentwürfe der EU, des Bundes und der Länder.“ (Kienle, 1998). Das klassische Lobby-Geschäft also, wenn auch über lange Jahre in besonders enger Verzahnung und mit einer besonders starken Stellung des DBV, „mit Leistung und Gegenleistung“ und dem Bauernverband als „Frühwarnsystem“ für Politik und Verwaltung. So ist es schon früh zu einer „Kolonisierung bestimmter Referate im Agrarressort durch landwirtschaftliche Fachverbände gekommen. Teile der Agraradministration treten gewissermaßen selbst als eine Art Lobby oder als institutionalisierte Interessengruppe auf. Zitiert wird der Hauptgeschäftsführer der „Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker“ mit den Worten: „Das Zuckerreferat ist personell so schwach besetzt, weil wir die Arbeit machen“ (Sontowski, 1990)

Dabei kam dem Bauernverband sicherlich die überproportional hohe Zahl von *Bundes- und Landtagsabgeordneten* mit landwirtschaftlichem Hintergrund (vor

allem in der CDU/CSU) zugute, vor allem deren Dominanz im Agrar- und Ernährungsausschuss. „Jahrzehntelang“, so die Süddeutsche Zeitung, war vor allem „Bayerns Regierung in allen Fragen der Agrarpolitik an der Kandare des Bauernverbandes“. Von 1983 bis 1990 war der CDU-Bundestags-Abgeordnete Heereman, der trotzdem sein Amt des Bauernverbandspräsidenten behielt, sogar offener Kandidat für das Amt des Landwirtschaftsministers. Der frühere CDU- Bundeslandwirtschaftsminister Borchert war vorher Bauernverbandsfunktionär in Westfalen-Lippe. Und umgekehrt: Als kürzlich der Staatssekretär Dr. Feiter wegen Pensionierung das Bundeslandwirtschafts-Ministerium verließ, wechselte er flugs auf den Posten des Generalsekretärs von COPA-COGECA, der gemeinsamen Vertretung der europäischen Bauernverbände und Genossenschaften. Dennoch ist nicht erst seit der Agrarwende die Einflussnahme auf Ministerien schwieriger geworden: wegen neuer politischer Konstellationen (z. B. in der rotgrünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen mit Ministerin Bärbel Höhn) oder wegen der Auflösung von Landwirtschaftsministerien (so in Schleswig-Holstein).

Da rächte es sich zuweilen, dass der Bauernverband seit jeher *besonders enge Beziehungen zu CDU und CSU* (und teilweise auch zur *FDP*) gepflegt hatte. Ein Zentrum dieser agrarpolitischen Abstimmung bildete – mit Förderung des Bundesministeriums - die „Deutsche Gesellschaft für Agrar- und Umweltpolitik“ des CDU-Politikers Harry Carstensen mit seinen „Husumer Gesprächen“. Die anderen Parteien, vor allem die SPD, erwarteten ohnehin kaum Wählerstimmen aus der Landwirtschaft. Erst seit der Wende hat auch die *SPD* ein gewisses landwirtschaftliches Wählerpotential erhalten: nämlich durch die Landarbeiter in den großen ostdeutschen Lohnarbeitsbetrieben. Von daher erklärt sich auch der Umstand, dass ostdeutsche Agrarpolitiker in der SPD (Staatssekretär Thalheim und die Ost-Agrarminister) eine wichtige Rolle spielen und auf eine Begünstigung oder zumindest Schonung dieser Großbetriebe drängen. Dies gilt in noch stärkerem Maße für die *PDS*. Die *Grünen* haben seit ihrer Gründung der Landwirtschaft, vor allem der ökologischen Landwirtschaft, eine besondere Rolle zugemessen und deshalb einen relativ festen Stamm von Agrarpolitikern (Graefe zu Baringdorf, Höfken, Höhn, Künast, Ostendorf) und von alternativen und wertkonservativen Wählern aus dem ländlichen Raum.

Trotzdem hat sich die *Bindung des Bauernverbands an die Union seit einiger Zeit gelockert*. War früher die Doppelmitgliedschaft bei vielen Landespräsidenten fast selbstverständlich, so bildet dies mittlerweile eher die Ausnahme. Auch hat der DBV nie versäumt, die Kontakte zu den Agrarpolitikern in SPD und FDP zu pflegen. Dennoch hat der DBV gerade nach der Agrarwende versucht, direkt in die politische Landschaft einzugreifen. So drängte der Bauernverbands-Vize Niemeier den Kanzler öffentlich zu einer Koalition der SPD mit der FDP. Und vor der letzten Bundestagswahl mahnte Präsident Sonnleitner seine Mitglieder, sie wüssten schon, „wen wir jagen müssen“. Entsprechend warnte der Bauernverband in Westfalen (wenn auch vergeblich) mit einer Plakataktion vor der Fortsetzung „grüner Politik“. Und Ministerin Künast klagte, dass der DBV vor der Wahl eine „Politikblockade“

veranstalte: Sonnleitner sitze nur noch „bei Stoiber auf dem Schoß und schreibt mir nur noch Briefe“. Bei der Bundestagswahl gaben 66 der Landwirte ihre Zweitstimme der Union, 19 Prozent der SPD, 6 Prozent der FDP, 4 Prozent der PDS und 3 Prozent den Grünen (agrar.de, 2002). Nach der Bundestagswahl wurde die neue CDU-Regierung in Niedersachsen vom Bauernverband als „historische Chance“ bewertet, die CDU-Vorsitzende Merkel von Sonnleitner bei der DBV-Mitgliederversammlung in Nürnberg als „unsere Politikerin der Herzen“ begrüßt.

Auch über andere Organisationen setzt der Bauernverband seine Interessen durch. Der „Zentralausschuss der deutschen Landwirtschaft“ verklammert den (geschäftsführenden) Bauernverband mit Raiffeisenverband, Verband der Landwirtschaftskammern und Deutscher Landwirtschaftsgesellschaft (DLG). Der Zentralausschuss hat die Aufgabe, „in gemeinsam interessierenden grundsätzlichen Angelegenheiten eine einheitliche Linie herbeizuführen“ (Agrilexikon, 1996). Er besitzt in etlichen Bereichen ein „Repräsentationsmonopol“ in Sachen Landwirtschaft, so bisher z.B. das alleinige Recht bei der Bestimmung der Agrar-Mitglieder in den CMA-Gremien. Enge Bindungen und Personalunionen bestehen zum Deutschen Jagdverband (dessen Präsident Heereman wird jetzt abgelöst durch Jochen Borchert), zum Landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband oder zu den Waldbesitzerverbänden.

Zwischen dem Bauernverband (formal Vertreter aller Bauern) und der DLG (mit nur 15.000 Mitgliedern, davon 70 % aus der Landwirtschaft, vor allem aus Großbetrieben) scheint sich zudem eine Arbeitsteilung dergestalt herauszubilden, dass die DLG, eigentlich zur Verbesserung des technischen Fortschritts in der Landwirtschaft gegründet, die Rolle als Speerspitze zur Förderung und Durchsetzung agrarindustrieller Strukturen übernommen hat. So meinte der DLG-Präsident auf die Frage nach der politischen Betätigung der DLG: „Vielleicht sollten wir uns auf ein neues Politikverständnis einigen. Je mehr der Sachverstand und die wissenschaftliche Analyse in der Politik vernachlässigt werden, umso wichtiger wird die Rolle von Organisationen, die nach diesen Prinzipien arbeiten... Allerdings wollen wir gerne bei der Arbeitsteilung bleiben, dass der Deutsche Bauernverband für die praktische Interessenvertretung der Landwirtschaft zuständig ist“ (von dem Bussche, 2002). Als nach der Agrarwende der Bauernverband in der Defensive war, übernahm die DLG zum Teil seine Rolle: DLG-Präsident von dem Bussche ging als Agrarvertreter in den von der Bundesregierung einberufenen *Rat für nachhaltige Entwicklung*, trat dann aber aus Protest gegen die einseitige Bewertung des Ökolandbaus wieder aus.

14 Schwindender Einfluss

Trotz aller dieser Strukturen tragen Agrarentwicklung und Agrarpolitik dazu bei, dass die Macht des Bauernverbands bröckelt. Es gelingt ihm immer weniger, die widerstreitenden Interessen unter einem Deckel zu halten: die Interessen von Agro-

business und Bauern, von bäuerlichen und agrarindustriellen Betrieben, die Widersprüche zwischen spezialisierten Schweinehaltern, Milchviehhaltern und Ackerbauern, zwischen Haupterwerbs- und Nebenerwerbsbauern, zwischen Pächtern und Verpächtern, zwischen LPG-Nachfolgebetrieben und privaten Wiedereinrichtern. Nur mühsam konnte die Gründung eines ostdeutschen „Verbands der Großlandwirte“ verhindert werden. Tausende größerer Schweinehalter haben sich bereits gesondert in der ISN, der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Nordwestdeutschlands, zusammengetan. In den neuen Bundesländern gibt es mehrere Organisationen wie den Deutschen Bauernbund, die die privaten Landwirte gegenüber den LPG-Nachfolgebetrieben vertreten und auf Gleichbehandlung bei der Verteilung der ostdeutschen Staatsflächen drängen. Der Verband der Nebenerwerbslandwirte vertritt beharrlich die vernachlässigten Interessen dieser zukunftssträchtigen Verbindung von landwirtschaftlicher und außerlandwirtschaftlicher Tätigkeit.

Je mehr diese Spannungen und Widersprüche zunehmen, desto stärker wird der Bauernverband vermutlich versuchen, seine Einheit und Position zu wahren und Widersprüche in den eigenen Reihen zu unterdrücken. Aus dieser Vermutung folgt aber auch, dass Impulse für eine neue Agrarpolitik eher von außerhalb des DBV kommen werden und zunächst eher auf seine Ablehnung stoßen werden. Ein „halbstaatlicher“ Verband wie der DBV kann – wie eine Behörde – neue Initiativen eher selten selber ins Leben rufen oder fördern, er neigt vielmehr eher dazu, diese Initiativen zu dominieren und seinen aktuellen Strukturen anzupassen. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die *Wahrnehmung des Bauernverbands bei Journalisten*, die laut einer Expertenbefragung durch Stichworte wie diese charakterisiert wird: „Grals Hüter alter, verfestigter, feudalistischer und verquickter Agrarstrukturen; Abwehr alles Neuen und Fremden; Stagnation und Verflachung, „Ja aber Typen“ halten jeden Fortschritt auf; Strippenzieher unter Machtverlust, Drohungen beim Chefredakteur, zunehmende Ohnmacht im europäischen Kontext; Dickköpfigkeit und Eigensinn; Vakuum bei der Frage nach Entwicklungs-Perspektiven...“ (Vierboom/Härten, 2000).

Deshalb kommt anderen, auch kleineren, Interessenvertretungen in dieser Situation eine besondere Bedeutung zu. Eine ganz wesentliche Rolle können hierbei die Landfrauen spielen: Im *Deutschen Landfrauenverband* mit seinen zahlreichen Orts- und Kreisverbänden sind jeweils hälftig Frauen aus der Landwirtschaft und Frauen aus anderen Berufen (die aber bewusst auf dem Lande leben) vertreten. Das mag die relative Offenheit dieses Verbandes erklären, der zwar eng mit dem Bauernverband zusammen arbeitet, in vielen Fragen aber eine deutliche eigene Meinung vertritt.

Die wichtigste landwirtschaftliche Interessenvertretung neben dem DBV ist die AbL, die *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft*, eine Interessengemeinschaft, in der sich neben konventionellen und ökologisch wirtschaftenden Bäuerinnen und Bauern auch viele „agrarnahe“ Menschen aus Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz, aus Beratung, Wissenschaft, Medien oder Behörden zusammengeschlossen haben. Viele AbL-Mitglieder sind gleichzeitig weiterhin Mitglieder im Bauern-

verband. „Neben Fragen der Qualitätserzeugung, der regionalen Vermarktung und der artgerechten Tierhaltung spielen bei der AbL auch Fragen der sozialen Lage auf dem Land eine wichtige Rolle. Ziel ist es zu vermeiden, dass einseitig ökonomische und ökologische Anschauungen die handelnden Menschen ausblenden und damit die sozialen Auswirkungen unberücksichtigt bleiben“ (Börnecke/FR, 2002).

Die ursprünglich als „Agraropposition“ zum Bauernverband gegründete AbL tritt deshalb ein für eine bäuerliche Landwirtschaft, für eine gemeinsame und solidarische Interessenvertretung von kleineren und größeren Höfen und für eine umweltverträgliche, tiergerechte und sozial verträgliche Landwirtschaft in lebensfähigen Dörfern und gesunden ländlichen Regionen. Sie bekämpft agrarindustrielle Strukturen und Verflechtungen und fordert die Unabhängigkeit der bäuerlichen Interessenvertreter von Agrobusiness, Genossenschaften und Parteien. Der Widerstand gegen eine bestimmte Agrarentwicklung wird ergänzt durch die Selbsthilfe in Form von Vermarktungsprojekten, z.B. im „Neuland“-Programm für eine umwelt- und artgerechte Tierhaltung in bäuerlichen Betrieben, mitgetragen und kontrolliert von Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutzverbänden. Konkret nutzt die AbL seit nunmehr 25 Jahren ihren nicht zu unterschätzenden Einfluss in Politik und Medien, um soziale Gerechtigkeit in Form einer Entlohnung der bäuerlichen Arbeit auch in kleineren und mittleren Betrieben und in den arbeitsintensiven Grünland- und Milchviehbetriebe durchzusetzen. Die AbL ist somit die „wichtigste Herausforderung des Bauernverbands durch einen Gegenverband“ (Heinze, 1992).

Die AbL hat auch das „Agrarbündnis“ mitgegründet, das jährlich den „Kritischen Agrarbericht“ herausgibt und das zahlreiche Verbände aus Umwelt-, Tier- und Naturschutz, aus Ökolandbau, Verbraucherschutz und Dritter Welt umfasst. Auf europäischer Ebene arbeitet die ABL mit in der *Europäischen Bauernkoordination* (CPE), weltweit in der Kleinbauernorganisation „*Via Campesina*“.

Neben der Allianz des Bauernverbands mit dem Agrobusiness steht somit ein weiteres Bündnis, das die Verbindung der Landwirtschaft mit ganz anderen und breiteren Teilen der ganzen Gesellschaft festigen will. Eine solche bäuerliche Interessenvertretung wird und will den Bauernverband nicht abschaffen, könnte aber sehr wohl dessen Meinungs- und Vertretungsmonopol weiter abbauen, so dass damit insgesamt (und dann wohl auch im Bauernverband) stärker und vielfältiger bäuerliche Interessen zur Geltung kommen könnten. Der AbL und ihrer Stärkung kommt hierbei sicherlich eine Schlüsselrolle zu, weil sich in ihr und durch sie – unabhängig vom Anpassungsdruck im Bauernverband – andere und neue Positionen entwickeln und durchsetzen lassen. Sie ist offener für die Signale und Forderungen aus der Gesellschaft, die der halbstaatliche und oligarchisch-erstarrte Bauernverband nicht aufnimmt oder nicht ausreichend aufnehmen kann. Sie ist andererseits genügend stark unter den Bäuerinnen und Bauern verankert, um deren Positionen und Anliegen auch gegenüber der Öffentlichkeit und den Bündnispartnern deutlich zu machen.

Darüber hinaus werden in letzter Zeit immer mehr Stimmen laut, die offene und unabhängige „*Think-Tanks*“ (Gesprächsrunden) zum Austausch und zur Weiterent-

wicklung von agrarpolitischen Ansätzen und Meinungen fordern. An diesem Prozess wären Bäuerinnen und Bauern „in besonderer Weise zu beteiligen, um eine möglichst selbstbestimmte Entwicklung zu gewährleisten, von den gesellschaftlichen Instanzen ist dabei die Kenntnis und Achtung bäuerlicher Lebens- und Wirtschaftsformen zu erwarten“ (Pongratz, 1990).

15 Weichenstellung: Wer macht mit?

Die Landwirtschaft steht vor einer Weichenstellung:

Entweder in die Richtung einer Industrialisierung der Produktion zur Erstellung billiger Rohstoffe für die Verarbeitungsindustrie und für den sogenannten „Weltmarkt“, mit extremer Arbeitsteilung, mit Intensivproduktion in Gunstregionen und sterbenden Dörfern in den „benachteiligten Regionen“, unter Zerstörung weiterer betrieblicher und regionaler Kreisläufe, unter Nutzung risikoträchtiger Hilfsmittel wie der Gentechnik.

Oder in Richtung einer naturnäheren, bäuerlichen und kostenbewussten Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung, Verbraucherorientierung, Produktion von besonderer Qualität, Beachtung von Kreisläufen, mit multifunktionaler Ausrichtung auf Produktion von Lebensmitteln, Umwelt- und Landschaftspflege und Erlebnisse auf dem Lande, in lebendigen Dörfern und Regionen, mit internationaler Solidarität und einer Abkehr vom Weltmarkt und einer Orientierung auf den großen europäischen Binnenmarkt, der nach außen vor ökosozialem Dumping geschützt ist.

Der erste Weg wird die Landwirtschaft vermutlich in die gesellschaftliche Isolation führen (wie es das Beispiel des einstigen Vorzeigelandes der Agrarindustrialisierung, der Niederlande, beweist). Der zweite Weg wird vermutlich bei weitem nicht so leicht sein wie oben dargestellt und ist vermutlich auch kein „Königsweg“ - aber vermutlich der einzig sinnvolle für die meisten Bauern. Teile der neuen EU-Agrarreform können hierfür gut genutzt werden.

Wie und ob sich der Bauernverband hierzu entscheiden wird – diese Frage steht gegenwärtig leider eher nicht im Vordergrund. Die Frage ist eher, ob es genügend Kräfte unter den Bauern und in der Gesellschaft gibt, die den zweiten, den „bäuerlichen“ Weg gemeinsam gehen und diese Agrarpolitik *selbstständig organisieren* wollen. Und wie viele bewusste Verbraucher es gibt, die letztlich durch angemessene Preise diese Art von Landwirtschaft ermöglichen müssen. Erst vor diesem Hintergrund lohnt es sich dann auch, darum zu werben, wo und inwieweit der Bauernverband oder Teile seiner Gliederungen sich anschließen werden oder einbezogen werden können. Ganz sicher aber ist: Viele Bauern, ob sie nun – aus gutem Grund - aus dem Bauernverband ausgetreten sind oder ob sie – ebenfalls aus guten Gründen - im Bauernverband bleiben mögen, warten auf eine solche neue Agrarpolitik und werden sich daran beteiligen.

Literatur:

- AgrarBündnis e.V.: Der Kritische Agrarbericht, AbL-Verlag, Hamm
- Agrilexikon, 1996: 10. Auflage, hrsg. von der information.medien.agrar e.V., Hannover
- Börnecke, Stephan, und Emundts, Corinna, 2002: Schatten auf Schröders Lichtgestalt, in: Kurswechsel an der Kasse, Edition Frankfurter Rundschau, Frankfurt a.M.
- Bürger, H., 1966: Die ldw. Interessenvertretung in der Zeit von 1933 bis zur Gegenwart. Diss. Univ. Erlangen.
- Heinze, Rolf G., 1992: Verbandspolitik zwischen Partikularinteressen und Gemeinwohl – Der Deutsche Bauernverband, Gütersloh.
- Kienle, Adalbert, 1998: „Wo die Mittler fehlen, herrschen Diktatur oder Unordnung und Chaos...“, in: Deutsche Bauern-Korrespondenz (dbk) Heft 3.
- Kluge, Ulrich, 2001: Ökowende, Berlin.
- Künast, Renate, 2002: Klasse statt Masse, München.
- Mändle, E., 1972: Willensbildung in der Agrarpolitik, Fredeburg.
- Niemann, Eckehard, 2003: Bauernhöfe statt Agrarfabriken – für eine Welt mit Zukunft, in: Ökologie & Landbau 2, hrsg. von der Stiftung Ökologie & Landbau, Bad Dürkheim.
- Pongratz, Hans, 1992: Die Bauern und der ökologische Diskurs, München.
- Pongratz, Hans, 1996: Die Lehre vom „rückständigen“ Bewusstsein, in: Die Wissenschaft und die Bauern, Wissenschaftsreihe Bauernblatt-Verlag.
- Poppinga, Onno, 1975: Bauern und Politik, Frankfurt/M..
- Priebe, Hermann, 1985: Die subventionierte Unvernunft, Berlin.
- Rehwinkel, Edmund, 1975: Zur Einführung, in: Existenzsicherung der Landwirtschaft im Wirtschaftswachstum, Hochschultagung 1969, Landwirtschaftskammer Hannover.
- Rehwinkel, Edmund, ohne Jahresangabe (ca. 1974), Gegen den Strom, Dorheim.
- Ribbe, Lutz / Hutter, Claus-Peter, 1993: Milliardengrab Europa, Euronatur, Rheinbach.
- Schmidt, Götz / Jasper, Ulrich, 2001: Agrarwende, München.
- Schnieders, Rudolf, 1998: Von der Ablieferungspflicht zur „Agenda 2000“, in: Deutsche Bauern-Korrespondenz (dbk) 3
- Sonnleitner, Gerd, 1998: Zum 50-jährigen Bestehen des Deutschen Bauernverbands, in: Deutsche Bauern-Korrespondenz 3.
- Sontowski, Rainer, 1990: Der Bauernverband in der Krise, Frankfurt/M.
- Von dem Bussche, Philipp Freiherr, 2002: Ein neues Politikverständnis, in: Landwirtschaft in der Ernährungswirtschaft, DLG-Verlag, Frankfurt/M.
- Unabhängige Bauernstimme (UB), Zeitung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft.
- Vierboom, Carl / Härten, Ingo, 2000: Die Bedeutung von Landwirtschaftsthemen für Journalisten und Redakteure, in: Verbraucherorientierung der Landwirtschaft, hrsg. von der Ldw. Rentenbank, Frankfurt/M.

Ämter und Funktionen (Stand: 2001)**Gerd Sonnleitner**

1. Absatzförderungsfonds der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft, Vorsitzender des Verwaltungsrats
2. Bayerischer Bauernverband (BBV), Präsident
3. BayWa AG, Zentralgenossenschaft, Mitglied des genossenschaftlichen Beirats
4. bbv-service Versicherungsmakler, Vorsitzender des Aufsichtsrats
5. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Außenwirtschaftsbeirat (AWB), Mitglied des Ausschusses
6. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Mitglied des Präsidiums
7. Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), Aufsichtsrat
8. COPA Europäischer Bauernverband, Präsident
9. Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) Mitglied im Gesamtausschuss
10. Deutscher Bauernverband (DBV), Präsident
11. Deutscher Landwirtschaftsverlag, Vorsitzender des Aufsichtsrats
12. Deutscher Raiffeisenverband (DRV), Mitglied des Präsidiums
13. Deutsches Milchkontor GmbH, stellv. Aufsichtsratsvorsitzender
14. Fördergemeinschaft nachhaltige Landwirtschaft (FNL), Vorstandsvorsitzender
15. Forum für Zukunftsenergien, Mitglied des Kuratoriums
16. Hans-Seidel-Stiftung, Mitglied des Beirats
17. information.medien.agrar (ima), Präsident
18. Isar-Amperwerke, Beirat
19. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Mitglied des Verwaltungsrats
20. LAND-DATA, Gesellschaft für Verarbeitung ldw. Daten, Aufsichtsratsvorsitzender
21. Landwirtschaftliche Rentenbank, Vorsitzender des Verwaltungsrats
22. R+V Lebensversicherung AG, Aufsichtsrat
23. Wirtschaftsbeirat der Union, Mitglied des Präsidiums
24. Zentralausschuss der deutschen Landwirtschaft, Vorsitzender
25. Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP), Aufsichtsrat

Eigener Betrieb: 100 ha, 700 Schweinemastplätze, 250 Kälber

Wilhelm Niemeyer

1. Agra Europe GmbH, Nachrichtendienst, Vorsitzender des Aufsichtsrats
2. Akademie für Agrar-Marketing, Mitglied des Kuratoriums
3. Beratender Ausschuss Schweinefleisch der EU-Kommission, Vorsitzender
4. Bundesmarktverband für Vieh und Fleisch, Vorsitzender
5. Centrale Marketing-Gesellschaft d. dt. Agrarwirtschaft GmbH, Aufsichtsrat
6. CG Nordfleisch AG, Aufsichtsratsvorsitzender, Vorsitzender des ldw. Beirats
7. Deutscher Bauernverband (DBV), Vizepräsident (bis 2002)
8. Deutscher Landwirtschaftsverlag, Aufsichtsrat
9. Europäische Warenterminbörse Beteiligungs AG, Aufsichtsratsvorsitzender

10. LAND-DATA, Mitglied des Aufsichtsrats
11. Landeszentralbank Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Mitglied des Beirats
12. Landvolk Niedersachsen (so heißt der niedersächsische DBV-Landesverband), Präsident (bis 2002)
13. Landvolk Osnabrück, Kreisvorsitzender
14. Landwirtschaftliche Brandkasse Hannover (VGH-Versicherungsgruppe), beratendes Mitglied des Aufsichtsrats
15. Landwirtschaftliche Rentenbank, stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats
16. Marketinggesellschaft für niedersächsische Agrarprodukte, Vorsitzender des Vorstands
17. Raiffeisen Central Genossenschaft Nordwest e.G. RCG, Vorsitzender des Vorstands
18. Raiffeisen-Hauptgenossenschaft Nord, Mitglied des Beirats
19. Vereinigte Tierversicherung Gesellschaft a.G. (R+V Versicherungsgruppe), Aufsichtsrat
20. Zentralausschuss der deutschen Landwirtschaft, Mitglied
21. Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF), Fernsehrat

Eigener Betrieb: 100 ha Ackerbau, 3.000 Mastschweine

Heinz Christian Bär

3. Deutscher Bauernverband, Vizepräsident, Ausschüsse Tierische Veredlung und Bildung
4. Hessischer Bauernverband, Präsident
5. Bauernverband- Kreisverband Wetterau, Vorsitzender
6. Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft (FNL), Vorstand
7. Europäischer Bauernverband COPA, Vizepräsident
8. Agrarsoziale Gesellschaft (ASG), Präsident des Kuratoriums
9. Ethik-Kommission der deutschen Landwirtschaft zur Nutztierhaltung, Vorsitzender
10. Genossenschaftsverband Hessen/Rheinland-Pfalz/Thüringen, Mitglied
11. Landesanstalt für Privaten Rundfunk (LPR Hessen), Mitglied
12. Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen“, Vorsitzender
13. Raiffeisen- Waren-Zentrale Rhein-Main e.G., Vorstandsvorsitzender
14. Raiffeisen-Genossenschaft Vieh und Fleisch Hessen, Vorsitzender des Aufsichtsrats
15. Raiffeisen-Hauptgenossenschaft Frankfurt eG, Aufsichtsrat
16. Südzucker AG, Aufsichtsrat
17. Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände, Mitglied des Präsidiums
18. Verein für Landvolkbildung e.V., Präsident
19. Vereinigte Hagelversicherung VVaG (AgroRisk-Gruppe), Aufsichtsrat
20. Verband Wetterauer Zuckerrübenanbauer, Vorstand
21. Weltbauernverband (Ifap), Vorstand
22. **LBH Steuerberatungs GmbH, Aufsichtsrat**

Eigener Betrieb: 70 ha Ackerbau, Schweinemast

Dr. Klaus Kliem

3. Thüringer Bauernverband e.V., Präsident
4. Bauernverband – Fachausschüsse Getreide und Nachwachsende Rohstoffe, Vorsitzender
5. Beratender Ausschuss Getreide der EU, Mitglied
6. Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe, Vorstandsvorsitzender
7. Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP), Vorstandsvorsitzender
8. R+V Allgemeine Versicherung AG, Beirat

Eigener Betrieb: Geschäftsführer und Hauptteilhaber der „Agrar-, Dienstleistungs-, Industrie- und Baugesellschaft mbH & Co. KG“ Aschara, 4.500 ha, 1.800 Rinder, 600 Schweine, Fleischmarkt, ein Dutzend gewerbliche Tochterfirmen, Beteiligung an einem Agrar-Großbetrieb in der Ukraine

Quellen: Künast, 2002, Schmidt/Jasper, 2001, Agrarbündnis/Kritischer Agrarbericht 2002, Unabhängige Bauernstimme 7/2001.